

Schwarzes-Peter-Spiel

Der Streit um die Flüchtlinge aus Afrika

3.5.2011 | Lutz Steinbrück

Von Europa erhoffen sich Flüchtlinge Schutz vor Verfolgung und Migranten eine bessere Zukunft. Den Weg dahin bezahlen viele mit dem Leben. Und wer es schafft, hat noch lange keine Perspektive.



Image 29022

Seit Wochen wird fast täglich über Menschen berichtet, die von Nordafrika aus die Überfahrt auf die italienische Insel Lampedusa wagen, wo es ein Aufnahmelager für Flüchtlinge gibt. Für die Betroffenen ist die Reise riskant und kann als tödliche Tragödie auf hoher See enden. Zuletzt sank in der Nacht zum 6. April 2011 ein Fischkutter aus Libyen. Über 200 Flüchtlinge ertranken im Mittelmeer.

Dramatisch ist auch die Lage auf Lampedusa. Die zwanzig Quadratkilometer große Insel mit ihren 5.000 Einwohnern liegt zwischen Tunesien und Sizilien. Seit Januar sind nach offiziellen Angaben über 22.000 Menschen von Nordafrika nach Italien geflohen. Fast alle landen zuerst auf dieser Insel. Dort war das Flüchtlingslager über Wochen überfüllt. Anfang April waren hier über 6.000 Flüchtlinge untergebracht, obwohl nur 800 Plätze zur Verfügung stehen. Es handelte sich vor allem um Tunesier. Tausende mussten im Freien übernachten. Die sanitären Anlagen und die medizinische Versorgung waren völlig unzureichend.

NGOs werfen Italiens Regierung bewusste Inszenierung eines Notstands vor

Laut *Pro Asyl* sind geflohene Tunesier von Lampedusa aufs italienische Festland verschifft worden, ehe die Transporte Mitte März eingestellt wurden. Dadurch eskalierte die Lage. *Pro Asyl* wirft Italiens Regierung vor, den Notstand bewusst inszeniert zu haben. "Der italienische Ministerpräsident Berlusconi wollte damit ein Signal an zwei Seiten richten", sagt *Pro-Asyl*-Referent Bernd Mesovic. "Ausreisewilligen Tunesiern wollte er zeigen, dass sie auf Lampedusa eine schlimme Situation erwartet. Zugleich ging es um einen medienwirksamen Appell an andere europäische Staaten, selbst Flüchtlinge aufzunehmen." Ohne den Transportstopp hätte diese Krise leicht verhindert werden können, so Mesovic. Bis zum zweiten Aprilwochenende wurden die meisten Betroffenen ans Festland gebracht. Doch der Zustrom aus Afrika reißt nicht ab: Wenige Tage später erreichten 1.000 Flüchtlinge die Insel, viele mit Booten aus Libyen.

"Die Anzahl der Flüchtlinge ist für Italien überschaubar. Von einer Überforderung kann keine Rede sein", so Mesovic. 2008 seien 36.000 Afrikaner über das Meer ins Land gekommen und untergebracht worden. Zum Vergleich: Aktuell befinden sich über 170.000 geflohene Libyer im Nachbarland Tunesien. "Das Krisen-Szenario auf Lampedusa ist hausgemacht", meint auch Nele Allenberg. Die Referentin des Bevollmächtigten des Rates der EKD (*Evangelische Kirche in Deutschland*) kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dies politisch so gewollt ist. Auch sie meint, dass Italien genug Optionen hat, Flüchtlinge unterzubringen.

Forderungen von Kirchen

Die EKD, *Pro Asyl* und weitere NGOs machen in Stellungnahmen und politischen Forderungen aber auch deutlich, dass die Aufnahme und der Umgang mit den Flüchtlingen kein italienisches Problem ist, sondern dass die gesamte EU in der politischen und humanitären Verantwortung steht. "Es geht darum, dass Asylsuchende in allen EU-Mitgliedstaaten ein effektives und faires Asylverfahren durchlaufen können", sagt Allenberg. Sie müssten ihr Schutzgesuch anbringen können. Die EU-Staaten seien völkerrechtlich verpflichtet, die Anträge zu prüfen.

Daran hapert es speziell in Griechenland, wo kaum ein Asylantrag positiv beschieden wird. Betroffene können Gesuche nur einmal pro Woche in einer Athener Polizeistation abgeben. Ohne staatliche Unterstützung und medizinische Versorgung leben sie praktisch auf der Straße.

Ein zweiter Kritikpunkt betrifft die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Europas. "Um zu verhindern, dass Asylsuchende in mehreren Staaten Anträge stellen oder durch EU-Länder wandern, ohne Gehör zu finden, hat die EU 2003 die 'Dublin II'-Verordnung geschaffen", erklärt Allenberg. Demnach ist das Asylverfahren in dem Staat durchzuführen, den der Flüchtling als Erstes betritt. "Das hat zur Folge, dass Staaten mit Außengrenzen wie Italien oder Griechenland besonders betroffen sind", so Allenberg, "während es für Asylsuchende viel schwieriger ist, nach Deutschland zu gelangen."

Fehlende Solidarität der EU in Flüchtlingsfragen

NGOs und Kirchen fordern eine europaweite Lösung und machen sich dafür stark, dass die EU Flüchtlinge aus Libyen direkt aufnimmt. Wolfgang Grenz (*Amnesty International Deutschland*) plädiert für eine Verteilung, die sich nach dem Bruttozialprodukt und der Bevölkerungszahl der EU-Staaten aufschlüsselt.

"Wir erleben gerade die übliche Abschottungsdiskussion, in der die Außengrenzstaaten des Südens mit der Berufung auf Dublin II weitgehend allein gelassen werden", findet Mesovic. Er spricht vom kleinteiligen Egoismus der Kernstaaten. Für Nele Allenberg werden in der Flüchtlingsdebatte ungelöste Probleme der Verteilung offenbar, die seit Jahren bestehen. Immerhin: Deutschland hat 100 Flüchtlinge aufgenommen, die vor allem aus Eritrea, Somalia, Äthiopien und dem Sudan stammen und in Malta angekommen sind.

Lutz Steinbrück arbeitet als Journalist in Berlin.

Foto: ©Hochland/photocase.com

Info: Flüchtling oder Migrant?

Generell ist zwischen zwei Gruppen zu unterscheiden: Zum einen gibt es Menschen, deren Leben durch die Situation in ihrem Heimatland bedroht ist, weil sie aufgrund ihrer Ethnie, Sexualität oder politischen Einstellung verfolgt werden. Sie haben auf der Basis von Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention das Recht auf ein Asylverfahren in der EU. Betroffen sind etwa Bürgerkriegsflüchtlinge aus Somalia, der Elfenbeinküste oder aus Libyen.

Zum anderen gibt es so genannte Armut- oder Wirtschaftsflüchtlinge. Das sind Migranten, die zwar nicht akut an Leib und Leben bedroht sind, aber unter mangelnden Perspektiven in ihren Heimatländern leiden. Sie wollen in Europa arbeiten, um sich und ihren Familien ein besseres Leben zu ermöglichen. Das gilt für viele Tunesier.

Warum überhaupt Europa? Mehr zur europäischen Flüchtlingspolitik findest du in diesem [Dossier](#) der Bundeszentrale für politische Bildung.

<http://www.fluter.de/de/flucht/thema/9325/>

©2001-2011 fluter.de / Bundeszentrale für politische Bildung